

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1986 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 1986)
— Drucksachen 10/3997, 10/4274 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im ERP-Wirtschaftsplan eine Titelgruppe zur Förderung von Betrieben der Selbstverwaltungswirtschaft in genossenschaftlicher oder genossenschaftsähnlicher Form mit einem Ansatz von 30 Mio. DM einzustellen, um die Rahmenbedingungen für deren Tätigkeit zu verbessern.

Bonn, den 4. Dezember 1985

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

In den letzten Jahren haben sich auch in der Bundesrepublik Deutschland in großer Zahl Beschäftigungsinitiativen entwickelt. Diese Initiativen zeichnen sich aus durch ihre genossenschaftliche oder genossenschaftsähnliche Struktur und besondere arbeitsmarktpolitische, ökologische und sozialinnovative Ziele.

In anderen westeuropäischen Ländern haben solche Initiativen beträchtliche Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erzielt und zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur beigetragen. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen wird diese Entwicklung durch unzureichende Rahmenbedingungen eher behindert. Es fehlen Beratungseinrichtungen und finanzielle Starthilfen. Beides ist erforderlich, weil diese Initiativen zumindest anfänglich nicht über das nötige Know-how für eine Betriebsgründung und -führung und in der Regel auch nicht über ausreichende Kapitalmittel verfügen, um in der schwierigen Anlaufphase zu bestehen.

Aus diesen Gründen sollen im ERP-Wirtschaftsplan Mittel bereitgestellt werden, um die Rahmenbedingungen für Beschäftigungsinitiativen, die in genossenschaftlicher oder genossenschaftsähnlicher Form arbeiten, zu verbessern.

Zinsen und Darlehensrückzahlungen fließen den Einnahmen wieder zu. Die Vergabe wird nach vom Bundesminister für Wirtschaft zu erarbeitenden Förderrichtlinien, die mit dem Ausschuß für Wirtschaft und dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages abzustimmen sind, vorgenommen.